

Aktuelle Post aus dem Kreistag (10)



6. Oktober 2022

Sehr geehrte Leser:innen!

Liebe Freund:innen! Liebe Genoss:innen!

Ernüchternd ist es, wenn der Landrat des Wetteraukreises über die Schwierigkeiten bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten spricht und dabei NPD-Vokabular verwendet. Landrat Weckler berichtete in seinen Mitteilungen an den Kreistag von einem „Brandbrief“ des deutschen Landkreistages an die Bundesregierung. Dabei schoss er mächtig übers Ziel hinaus und landete rechts außen.

Wichtiges Thema in dieser Kreistagssitzung waren die Schulbusse im südlichen Ostkreis. Sie fahren seit Schulbeginn sehr unregelmäßig und die Eltern hatten sich mit einem offenen Brief an die Kreistagsfraktionen gewandt. Mit dem Verlauf der Debatte und dem gefassten Beschluss waren sie ziemlich unzufrieden. Und das zurecht!

Vier Anträge und dazu zahlreiche Änderungsanträge befassten sich mit der Energiesicherung im Wetteraukreis. Ein Energiegipfel soll die kommunalen Akteure zusammenbringen. Dabei soll es auch um soziale Maßnahmen gehen, wie die Aussetzung von Strom- und Gassperren, wenn die Energierechnung nicht mehr bezahlt werden kann.

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Mitteilungen des Landrats sorgen für frenetischen Beifall von AfD und NPD
2. Dringlichkeitsantrag der Grünen: Umgehende Sicherstellung eines zuverlässigen Busverkehrs im östlichen Wetteraukreis
3. Gemeinsamer Antrag SPD, CDU, FDP, FW und Grüne: Keine Störungen der Feierlichkeiten zum jüdischen Jom Kippur-Fest in Bad Nauheim
4. Vier Anträge zur Energiesicherheit im Wetteraukreis und Änderungsanträge dazu
Änderungsantrag DIE LINKE.: Ein ermäßigter Grundtarif für Privatkund:innen
Antrag der Grünen für einen Energiespargipfel im Wetteraukreis

RÜCKLICHT

Endlich wieder Usagassenfest!

Am 3. September 2022 fand wieder das Usagassenfest vor dem Roten Laden in Friedberg statt. Mehr als 150 Menschen feierten mit der Linken ein internationales Fest: Mit Live-Musik, Spaß und Politik.



Rock' Red

Nach zwei Jahren Corona-Pause hat auch die Linksjugend wieder ihr Festival Rock'n Red organisiert. Am 17. September wurde im Friedberger Junity

darüber diskutiert, was Faschismus eigentlich ist und was man gegen Faschismus tun kann. Danach sorgten fünf Musikgruppen für gute Laune.

1. September: Antikriegstag

DIE LINKE. beteiligte sich an den Aktionen zum Antikriegstag: Abrüsten statt aufrüsten!



Rosa-Luxemburg-Club Wetterau

Der Club veranstaltet Informations- und Diskussionsabende im Roten Laden in Friedberg. Nächster Termin: 17. Oktober 2022 19.30 Uhr

Geopolitische Hintergründe derzeitiger Kriege



Die unumstrittene Macht der USA steht in Frage. Doch der Weg von einer unipolaren zu einer multipolaren Welt bringt heftige Verwerfungen und Gefahren mit sich. Ein Beispiel ist der Ukraine-Krieg. Peter Wahl, Jahrgang 1948, ist Publizist, langjährig in der internationalen Solidarität tätig und Mitgründer von Attac und WEED

Montag, 17. Oktober 2022
19:30 Uhr
Roter Laden, Usagasse 26, Friedberg

Mitteilungen des Landrats an den Kreistag sorgten für frenetischen Beifall von AfD und NPD

In den vergangenen Wochen konnte man öfter in der Presse lesen, dass der Wetteraukreis auf dem Gelände des Recyclinghofs in Friedberg-Dorheim eine Containerunterkunft für Geflüchtete errichten will. Friedberger Politiker und der Bürgermeister hatten sich dagegen ausgesprochen. Nachvollziehbar finden wir die Begründung, dass eine Müllverwertung kein guter Platz für Geflüchtete ist. Friedberg bot alternative Flächen an. Der Kreis blieb bei dem Standort Dorheim – wohl weil dort bereits alle Versorgungsleitungen liegen. Die Container sind bestellt.

Die Kritik an diesem Standort erreichte auch den Kreistag, der sich in dieser Angelegenheit schlecht informiert und übergangen fühlte. Das animierte den Landrat offensichtlich zu seinem Bericht über die Schwierigkeiten bei der Flüchtlingsunterbringung. Derzeit kommen wieder vermehrt Geflüchtete ins Land. Die Wetterauer Kommunen müssen wöchentlich 90 ukrainische Geflüchtete aufnehmen. Der Kreis selbst ist für die Geflüchteten aus den anderen Ländern zuständig und das sind zur Zeit wöchentlich 70 Personen. Dass es ein schwieriges Unterfangen ist, diesen Menschen ein Dach über dem Kopf zu beschaffen, ist nachvollziehbar.

Die Problemlage versetzte den Landrat in Erregung: Der Wetteraukreis sei am Ende seiner Möglichkeiten angekommen. Die Kommunen seien überfordert. Er unterstütze einen „Brandbrief“, den der Deutsche Landkreistag an die Bundesregierung geschrieben hätte. Dort sei festgehalten, dass die Kommunen an ihre Grenzen kämen. Es müsse Schluss sein mit einer Politik, die so viele Geflüchtete ins Land lasse. Die Balkanroute müsse geschlossen werden. Von dort kämen zu viele Menschen illegal ins Land. Außerdem wären mit dem Bürgergeld neue Anreize für die Einreise nach Deutschland geschaffen worden. Und es gebe jetzt gesetzliche Erleichterungen für den Aufenthalt Geflüchteter. Dies müsse aufhören. Wir könnten nicht alle aufnehmen. Deutschland stehe mit dem Rücken zur Wand.

Der Landrat übernahm den „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“-Duktus der NPD. Entsprechend frenetisch fiel der Applaus von rechts aus. AfD und NPD gerieten förmlich aus dem Häuschen.

Im Nachgang hat uns natürlich interessiert, ob der Landkreistag tatsächlich solche Aussagen in einem Brandbrief verfasst und an die Bundesregierung geschickt hat. Und da stellte sich heraus, dass mit dem Landrat die rechte Geisteshaltung durchgegangen ist.

In einer Pressemeldung schreibt der Deutsche Landkreistag sein Kritik an die Bundesregierung auf. Es ist eine harte Kritik - aber ohne die „Das Boot ist voll“-Attitüden.

Das ist die Pressemeldung: »Der Deutsche Landkreistag fordert von Bund und Ländern mehr finanzielle Unterstützung bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen aus der Ukraine. "Die Kommunen brauchen endlich verlässliche Aussagen zur Finanzierung der kommunalen Flüchtlingskosten", sagte Präsident Reinhard Sager der Rheinischen Post (Mittwochs Ausgabe). "Diese müssen vollständig erstattet werden, sie laufen uns bei der Unterbringung, bei der Kinderbetreuung, bei der Krankenhilfe und in vielen weiteren Bereichen völlig davon."

Dabei stünden vorrangig die Länder in der Verantwortung, deshalb erwarte der Landkreistag von der am Mittwoch tagenden Ministerpräsidentenkonferenz "Bewegung in diesen Fragen", sagte Sager der Zeitung. Darüber hinaus gehe es um die Übernahme sämtlicher Wohnkosten für anerkannte Flüchtlinge rückwirkend zum 1.1.2022.

Sager warnte zudem vor einer Überforderung durch den Sozialleistungsbezug von Geflüchteten aus der Ukraine: "Der Umstand, dass ukrainische Flüchtlinge direkt die höheren Leistungen nach dem SGB II erhalten, führt zu weiterer Zuwanderung und einer systematischen Überlastung unseres Systems. Die Unterbringungskapazitäten sind vielerorts gänzlich erschöpft und es kommen immer mehr Ukrainer aus anderen EU-Mitgliedstaaten, die dort eigentlich bereits Schutz genießen." Hier müsse der Bund dringend gegensteuern.«

Dieser Kritik können sich Kommunalpolitiker:innen sicher anschließen. Es gibt inzwischen deutliche doppelte Standards bei der Behandlung von Geflüchteten. Denn es ist eine bundespolitische Entscheidung, die Ukraine im Krieg zu unterstützen, ukrainische Geflüchtete aufzunehmen und ihnen ohne Weiteres einen Aufenthaltsstatus sowie Zugang zu Sozialleistungen zu gewähren. Wer bestellt, sollte aber auch zahlen.

Eine verwunderliche Haltung des CDU-Landrats waren diese Mitteilung allemal. Seine CDU initiiert und unterstützt in Hessen ein „Bündnis Fachkräftesicherung“, mit dem Migration explizit gefördert wird. Die Deutsche Wirtschaft brauche die Gewinnung und Bindung von internationalen Fachkräften, heißt es da. Migranten bräuchten besondere Unterstützung, die das Ankommen und Bleiben erleichtert.

Wirtschaftsvertreter sind sich weitgehend einig: Gastronomie, das Gesundheitswesen aber auch der Transportsektor, Logistik, die ganzen Lieferdienste sind auf Migrantinnen und Migranten angewiesen. Alles, was in der Statistik als wirtschaftsnahe Dienstleistungen firmiert ist Mangelware. Der deutsche Arbeitsmarkt kommt nicht ohne Zuwanderer aus. Detlef Scheele, der Chef der Bundesarbeitsagentur, sagt mit Blick auf den hiesigen Fachkräftebedarf und den demografischen Wandel, dass pro Jahr 400.000 Menschen ins Land kommen müssten. Wenig überraschend kommt eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung also zu dem Ergebnis: Ohne Migranten geht nichts mehr.

Vielleicht sollten seine CDU-Kollegen wenigstens das dem Landrat mal erklären...

Dass Flucht kein Verbrechen ist und Folge unserer westlichen Wirtschafts- und Klimapolitik – das würde er wahrscheinlich sowieso nicht verstehen.

Dringlichkeitsantrag der Grünen: Umgehende Sicherstellung eines zuverlässigen Busverkehrs im östlichen Wetteraukreis

Ein Offener Brief des Elternbeirats am Gymnasium Büdingen löste eine Debatte aus. Die Eltern hatten sich mit anderen Schulelternbeiräten zusammengeschlossen und auf die unzuverlässigen Busverbindungen hingewiesen.

Hier ein Auszug aus dem Offenen Brief:

„(...) Nein, es ist kein temporäres Problem, sondern es besteht seit vier Wochen – und Besserung wird uns erst mit dem Fahrplanwechsel Mitte Dezember in Aussicht gestellt, wenn das bislang

ausführende Busunternehmen Balsler durch einen neuen Anbieter ersetzt wird. Nein, es resultiert auch nicht aus einer Baustelle, wie gern behauptet wird – so viele Baustellen gibt es in der Region gar nicht, dass dadurch sämtliche Buslinien FB-20 bis FB-24 derart beeinträchtigt werden könnten. Und nein, wenn ein Bus nicht fährt, dann hilft es auch niemandem, den Busausfall zu bestreiten – die Kommunikation der Verantwortlichen ist seit Wochen wenig hilfreich und lässt keinerlei Perspektive erkennen.

Doch für unsere Kinder besteht eine Schulpflicht und wir sehen den Wetteraukreis in der Verantwortung, die Schülerbeförderung zuverlässig sicherzustellen – was jedoch seit Schuljahresbeginn nicht gelingt!

Deshalb fordern wir umgehend eine temporäre Ersatzvergabe der vom Busunternehmen Balsler ausgeführten Fahrten auf der meist betroffenen Linie FB-20 bis zum Fahrplanwechsel im Dezember an ein anderes Busunternehmen. Wir fordern, dass die VGO die von Balsler ausgeführten Fahrten benennt und umgehend infrage kommende Unternehmen zur Angebotsabgabe auffordert. So kann Balsler seine frei werdenden Kapazitäten nutzen, um die weiteren Linien des Linienbündels fahrplan- und pflichtgemäß zu bedienen.

(...) Eltern der Gesamtschule Konradsdorf, der Keltenbergschule Stockheim, der Maria-Sibylla-Merian Schule Ortenberg und des Wolfgang-Ernst-Gymnasiums Büdingen werden am 5. 10. 2022 zur Kreistagssitzung kommen, um um Ihre Unterstützung zu werben. Wir stehen den Verantwortlichen, Ihnen als Kreistagsabgeordneten und der Presse gern als Gesprächspartner und für Fragen zur Verfügung!

Die Grünen stellten einen Dringlichkeitsantrag, um dem Thema einen Platz in der Kreistagssitzung zu geben. Alle Parteien sprachen sich dafür aus, das Problem anzugehen. Landrat Weckler verwies darauf, dass es schon Gespräche mit den Betroffenen, der vgo und dem Busunternehmen gegeben hätte. Man sei also schon dran...

Wir hatten eine Minute Redezeit und haben das gesagt:

„Es ist eine grundlegende Voraussetzung für Bildung, dass die Kinder in die Schule kommen – besonders in ländlichen Regionen. Das Problem ist auch schon länger bekannt und taucht immer mal mehr und mal weniger brisant auf. Dass der Kreisausschuss jetzt der vgo auf die Finger schauen will, ist irgendwie seltsam. Denn die vgo hat hier schon mehrmals darauf aufmerksam gemacht, dass Buslinien Geld kosten. Der Geldgeber ist der Wetteraukreis.

Der Wetteraukreis hat die Mittel nicht zur Verfügung gestellt. Die kommunalen Kassen sind nicht ausreichend finanziell ausgestattet. Und das wird in Kriegszeiten auch noch schlimmer, wenn zukünftig im Jahr 85 Milliarden Euro jährlich für Rüstung ausgegeben werden. Dazu sollte mal ein Brandbrief an die Bundesregierung verfasst werden!“

Zuletzt wurde beschlossen, dass mit der vgo eine Lösung erarbeitet wird und der Kreisausschuss die „Situation beobachten“ soll. Dass der Kreisausschuss bei Problemen eingreifen soll, wurde mehrheitlich abgelehnt.

Das kommentierte eine verärgerte Mutter vom Zuschauerpodium aus mit deutlichen Worten und verließ daraufhin die Sitzung.

Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag von SPD, CDU, FDP, FW und Grüne: Keine Störung der Feierlichkeiten zum jüdischen Jom Kippur-Fest in Bad Nauheim

Die jüdische Gemeinde sieht sich durch eine Demonstration von „Querdenkern“ gestört. Am wichtigsten jüdischen Feiertag soll die Demonstration mit Trommeln und Trillerpfeifen an der Synagoge vorbeilaufen. Die Stadt stand auf der Seite der jüdischen Gemeinde und versuchte, die Demo zu verhindern. Das Verwaltungsgericht entschied für den Aufmarsch mit Auflagen. Der Antrag wollte nun, dass sich der Kreistag für ein störungsfreies religiöses Fest ausspricht. „Den Veranstaltern sei gesagt, nicht alles, was legal ist, ist auch legitim!“ AfD und NPD griffen den Antrag mit Änderungsanträgen an: Sie sahen die Demokratie gefährdet. Alle Parteien – außer den rechten – stimmten für den Antrag.

Vier Anträge zur Energiesicherheit im Wetteraukreis und Änderungsanträge dazu:

FDP-Antrag: Gasversorgung sichern. Versorgungskrise abwenden

Antrag der Grünen: Keine Gas- und Stromsperren durch Unternehmen der OVAG-Gruppe

Dazu Änderungsantrag DIE LINKE.: Ein ermäßigter Grundtarif für Privatkund:innen

Antrag der Grünen für einen Energiespargipfel im Wetteraukreis

Wichtigstes Ergebnis der Debatte ist wohl, dass es einen „Energiespargipfel“ geben soll. Um wirksam zu werden, müsste dieser ziemlich bald stattfinden. Ob das klappt, ist eher unsicher. Denn die Koalition aus SPD und CDU will, dass die OVAG diesen Gipfel ausrichtet. Zwar bemühten sich die Grünen darum, dass der Kreisausschuss den Energiespargipfel organisiert – zumindest dann, wenn die OVAG es nicht macht – aber begeistert war die Kreisspitze nicht. Auch unsere sozialpolitischen Entlastungen, die wir einforderten, sollen beim Gipfel diskutiert werden.

Immerhin hatte die Koalition in einem eigenen Änderungsantrag bekundet, dass sie im Fall der Zahlungsunfähigkeit der Kund:innen die OVAG auffordert, bis auf weiteres auf Gas- und Stromsperren zu verzichten.

Wir haben unseren Änderungsantrag so begründet:

„Herr Kreistagsvorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, die Teuerungen – besonders bei Gas und Strom – können von unteren Einkommensgruppen nicht aufgefangen werden. Aber selbst Normalverdiener:innen haben inzwischen Probleme. Wenn inzwischen oft vierzig Prozent des Haushaltseinkommens für Miete aufgewendet werden müssen, wenn sich die Heizkosten verdoppeln oder verdreifachen, wenn durch die Inflation die Lebenshaltungskosten steigen und dann auch noch der Strom 50 Prozent teuer wird, wer soll das denn noch bezahlen? Das mittlere Nettoeinkommen liegt bei 2500 Euro. Doch viele verdienen sehr viel weniger: Die Armutsquote in Hessen liegt bei 18,3 Prozent! Da können Sie sich ausrechnen, was am Monatsende übrig bleibt. Einer, der es schon ausgerechnet hat ist der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, Helmut Schleweis. Ich zitiere ihn aus der ‚Welt am Sonntag‘:

„Wir rechnen damit, dass wegen der deutlichen Preissteigerung perspektivisch bis zu 60 Prozent der deutschen Haushalte ihre gesamten verfügbaren Einkünfte – oder mehr – monatlich für die reine Lebenshaltung werden einsetzen müssen.“ Laut Sparkassen-Vermögensbarometer waren vor einem Jahr lediglich 15 Prozent nicht in der Lage, Geld zurückzulegen. Jetzt 60 Prozent!!

Meine Damen und Herren,

in der deutschen Verfassung ist die Sozialstaatlichkeit verankert. Die derzeitige Entwicklung, die zur Verarmung beiträgt, steht diesem Verfassungsauftrag entgegen. Da ist es angebracht, auf allen Ebenen der Politik zu handeln.

Sicher kann die Kommunalpolitik nicht die großen Entlastungen bewerkstelligen. Aber Armutsbekämpfung ist auch nicht allein Bundes- und Landesangelegenheit. Im Energiebereich haben wir in der Wetterau einen regionalen Anbieter und haben damit auch Einfluss auf eine soziale Tarifgestaltung. Bei Sozialtarifen sehen wir den Wetteraukreis in der Pflicht.“

Der Antrag im Wortlaut ist hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1533-grundtarif-f%C3%BCr-gas-und-strom-zu-erm%C3%A4%C3%9Figten-preisen.html>

In der Debatte äußerten wir uns auch zu den Redebeiträgen der anderen Parteien:

„DIE LINKE. begrüßt einen Energiespargipfel. Doch er muss jetzt zügig stattfinden, wenn er noch für den Winter wirksam werden soll.

Auf einige Punkte der Vorredner möchte ich eingehen: Dass die FDP den Umstieg der kreiseigenen Heizungsanlagen von Gas auf Öl fordert, finden wir sinnlos. Beides sind fossile Energien und beide unterliegen Problemen bei der Beschaffung. Abenteuerlich ist der Ruf der AfD nach dem längerfristigen Betrieb von Kernkraftwerken. Sind die Unfälle in deutschen AKWs wie Biblis vergessen? Oder Tschernobyl und Fukushima? Und hat sich das Problem der Endlagerung radioaktiven Mülls inzwischen gelöst?

Und dann die vollmundige Kritik der CDU an der Ampelpolitik: 16 Jahre war die CDU an der Regierung. Sie hat eine Umstellung auf regenerative Energien nicht in Angriff genommen!

Wir begrüßen, dass die Koalition jetzt auch einsieht, dass Stromsperren für einkommensschwache Haushalte bei Zahlungsschwierigkeiten nicht exekutiert werden sollen. Diesen Abschnitt des Koalitionsantrags unterstützen wir natürlich und er müsste ergänzt werden. Dass es finanzielle Hilfen für einkommensschwache Haushalte geben muss, bei der Anschaffung energieeffizienter Elektrogeräte. Gerade die ärmere Bevölkerung benutzt manchmal jahrzehntelang die alten Elektrogeräte oder kauft gebrauchte, weil das Geld für energieeffiziente Geräte nicht ausreicht.

Der erste Abschnitt Ihres Antrags ist Eigenlob: Es ist keineswegs so, dass im Ausschuss JSFGG präventiv agiert wurde, indem Refinanzierungsmöglichkeiten für ärmere Haushalte vorgestellt wurden. Sie haben alle theoretisch möglichen Sozialleistungen aufgezählt. Dabei wurde nicht darüber gesprochen, ob diese auch in Anspruch genommen werden können und welche Hürden dem Zugang zu Hilfen im Wege stehen. Der reale Zugang ist doch hier entscheidend.“



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!

Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der Homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Malin Potengowski, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber